

NACHRICHTEN

Hilfsorganisationen ziehen Mitarbeiter ab

NAIROBI/GENÈVE: Nach dem Ablauf eines Ultimatums der Rebellen in Südsudan haben mindestens elf Hilfsorganisationen ihre Mitarbeiter aus dem Katastrophengebiet evakuiert. Das IKRK und die UNO-Organisationen bleiben trotzdem vor Ort. 149 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen wurden aus der von der Volksbefreiungsarmee SPLA kontrollierten Region abgezogen. Dies teilte die von den Vereinten Nationen (UNO) koordinierte internationale Hilfsaktion «Lifeline Sudan» am Mittwoch mit. Die Rebellen hatten den Hilfsorganisationen eine Frist bis zum 1. März gesetzt, um einen Vertrag über die Zusammenarbeit mit dem zivilen Flügel der SPLA, der SRRA, zu unterzeichnen.

Pinochet: Am Donnerstag fällt Entscheidung

LONDON: Der britische Innenminister Jack Straw wird am Donnerstagmorgen bekannt geben, ob der chilenische Ex-Diktator Augusto Pinochet aus gesundheitlichen Gründen in seine Heimat ausreisen darf oder das Verfahren zur Auslieferung an Spanien gegen ihn weitergeht. In einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage im Parlament erklärte Straw am Mittwoch, er werde seine Entscheidung um 08.00 Uhr Ortszeit (09.00 MEZ) veröffentlichen. Er werde dann auch «eine umfassende Begründung» geben. Frankreich, Belgien, Spanien und die Schweiz hatten die Auslieferung des in London unter Hausarrest stehenden Pinochet gefordert, um ihn wegen Menschenrechtsverletzungen vor Gericht zu bringen. Anfang des Jahres hatten Ärzte dem Ex-Diktator jedoch Prozessunfähigkeit bescheinigt.

Norwegisches Königspaar in Paris

PARIS: Das norwegische Königspaar ist am Mittwoch zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Frankreich eingetroffen. Anlässlich des Besuchs sollen vor allem die Zusammenarbeit im Energiesektor und die geplante europäische Verteidigung angesprochen werden. König Harald und Königin Sonja kommen nach einem Gespräch mit Präsident Jacques Chirac auch mit Premierminister Lionel Jospin zusammen. Am Freitag steht ein Besuch von Aerospatiale-Matra und Airbus in Toulouse auf dem Programm. Aussenminister Knut Vollebaek begleitet das Königspaar.

Halonen legte Amtseid als neue Präsidentin ab

HELSINKI: Die bisherige finnische Aussenministerin Tarja Halonen hat am Mittwoch vor dem Reichstag in Helsinki ihren Amtseid als Staatspräsidentin abgelegt. Die 56-Jährige löst nach ihrem Wahlsieg im Februar den bisherigen Präsidenten Martti Ahtisaari ab. Der 62-jährige hatte nicht für eine zweite Amtszeit kandidiert. Die Sozialdemokratin hatte bei einer Stichwahl am 6. Februar mit 51,6 Prozent über den liberalen Oppositionschef Esko Aho gesiegt. Aho kam auf 48,4 Prozent der Stimmen. Halonen ist nach zehn Vorgängern die erste Frau an der Spitze des Staates seit der Unabhängigkeit Finnlands 1917. Sie nannte in ihrer Antrittsrede Fortschritte bei der Gleichstellung der Frau als zentrale Aufgabe ihrer bevorstehenden sechsjährigen Amtszeit. Gleichzeitig mit der Ablösung Ahtisaaris durch Halonen traten mehrere vom Reichstag beschlossene Verfassungsänderungen in Kraft, mit denen die Kompetenzen des Staatsoberhauptes erheblich beschnitten werden.

«Tag der Wahrheit» für John McCain

Am kommenden «Superdienstag» finden Vorwahlen in 13 US-Bundesstaaten statt

WASHINGTON: Jetzt richten sich alle Augen auf den «Superdienstag» mit Vorwahlen in 13 bedeutenden US-Bundesstaaten. Denn dort wird sich in der kommenden Woche wahrscheinlich das Schicksal des republikanischen Präsidentschaftsbewerbers John McCain entscheiden.

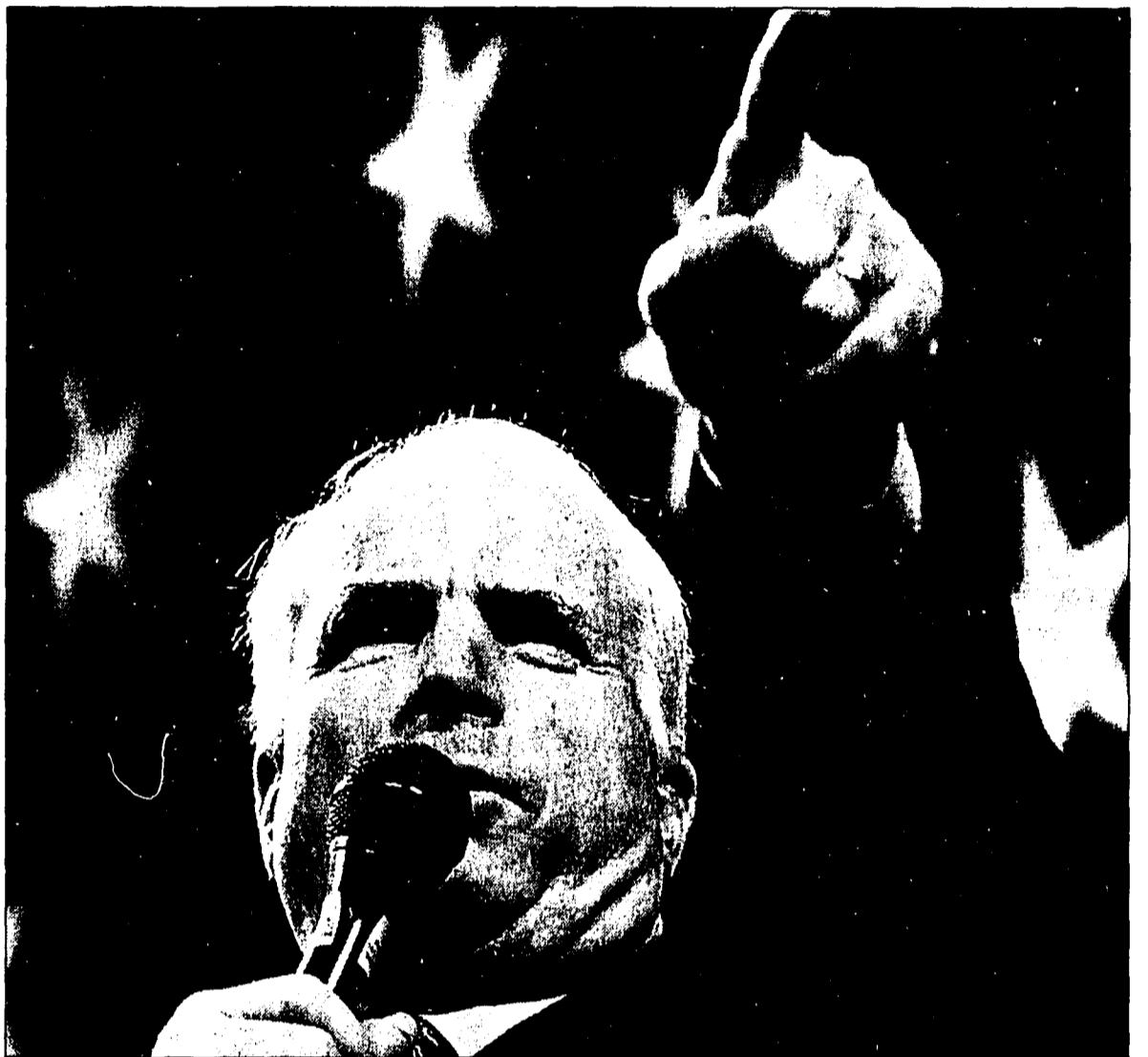
Nach seinen klaren Niederlagen bei den Vorwahlen in Virginia und Washington sowie Parteiversammlungen in North Dakota gegen den jubelnden Favoriten George Bush ist dem Herausforderer McCain klar: «Kalifornien ist ein entscheidender Staat, den ich gewinnen muss.»

In der «besten politischen Seifenoper des Jahres» (Washington Post) war wieder einmal der Star ausgetauscht worden. Hatte McCain noch in Michigan und Arizona aufgetrumpft, so war es diesmal Bush, der seinen Rivalen im Ansatz stoppte. Mit 170 zu 105 liegt er nun im Kampf um die 1034 Delegierten vorn, die auf dem Wahlkongress Anfang August in Philadelphia für die Nominierung erforderlich sind.

Schlüsselstaaten

Der grosse Preis wartet nun am Dienstag: 588 Delegierte, davon allein 162 in Kalifornien. Es dürfen zwar Unabhängige und Mitglieder der Demokratischen Partei, bislang das Rückgrat der McCainschen Vorwählerfolge, an der republikanischen Abstimmung teilnehmen. Doch ihre Stimmen zählen nicht für die Verteilung der Delegierten.

So könnte es sein, dass McCain den Popularitätstest gewinnt, die Prämie aber dennoch dem Sohn des gleichnamigen Ex-Präsidenten George Bush zufällt. Weitere Schlüs-



Hat Senator McCain den richtigen Weg nach Washington eingeschlagen. Am kommenden Dienstag fällt eine weitere wichtige Vorwahl-Entscheidung der Republikaner.

selstaaten sind New York und Ohio.

Bis jetzt zog sich beim Zweikampf Bush-McCain eine Nord-Süd-Grenze durch das Vorwahltagelager. Vietnam-Veteran McCain aus Arizona siegte im Norden, Texas-Gouverneur Bush im Süden. Eine erste, aber noch nicht aussagekräftige Änderung gab es in Washington

und North Dakota. Nun wird sich zeigen, ob Bush wirklich nur ein «starker regionaler Kandidat» ist, als den ihn McCain abwertend hinstellt. Es muss sich auch erweisen, ob McCain mit seinem Appell an Reformwillige jeglicher Couleur in den grossen Staaten gewinnen kann. In allen Umfragen wird ihm

bescheinigt, dass er gegen den wahrscheinlichen demokratischen Kandidaten Al Gore bei der Präsidentschaftswahl am 7. November bessere Chancen hätte als Bush.

Ob aber die Republikaner sich in ausreichender Zahl seinem Reform-Kreuzzug anschliessen, ist immer noch die grosse Frage.

Österreich anständig behandeln

Nach Rücktritt von Haider: Österreich schlägt gegenüber der EU schärfere Töne an

WIEN: Nach den zurückhaltenden Reaktionen des Auslandes auf den Rücktritt von FPÖ-Chef Haider hat die Regierung in Wien schärfere Töne angeschlagen.

Bundeskanzler Schüssel sprach von einer Verlangsamung der EU-Prozesse, nicht aber von einem Veto. Gestern verwahrte sich Wolfgang Schüssel im Parlament gegen die Annahme, die anhaltende Skepsis des Auslandes könnte zu Brüchen in der Koalition führen. «Verbreiten Sie nicht Krisengerüchte», sagte der ÖVP-Kanzler.

Schüssel hatte am Dienstagabend im Fernsehen erklärt, wenn die 14 anderen EU-Länder Österreich nicht die Möglichkeit gäben, Ideen und Interessen mit in den Entscheidungsprozess einzubringen, «dann wird das die Entscheidungen aller 15 verlangsamen». Dies werde allerdings nicht in ein Veto bei Entscheidungen münden.

Auch Jörg Haider hatte am Dienstagabend indirekt mit einer Blockade der EU-Institutionen gedroht, sollten Österreich nicht «ordentlich» behandelt werden. Sein Rücktritt als Parteichef war im

Ausland überwiegend als taktisches Manöver gewertet worden.

Haider hatte zuvor erklärt, auch die gegenüber der FPÖ besonders kritischen Franzosen müssten Österreich anständig behandeln. «Man wird sich mit uns vertrauensvoll zusammensetzen müssen, damit es Beschlüsse gibt», warnte er. Eine Veto-Drohung sei dies aber nicht, betonte er.

Frankreich wird im Juli turnusgemäß die EU-Präsidentschaft von Portugal übernehmen. Der österreichische EU-Agrarkommissar Franz Fischler, ein Mitglied der

ÖVP, sprach dagegen in der Wiener Zeitung «Standard» von einer «sehr emotionalen Situation» in Österreich. Nichts sei auszuschliessen, es könne selbst zu einem Auseinanderbrechen der Mitte-Rechts-Koalition kommen.

Die Opposition warf Schüssel vor, den Ernst der Lage weiter zu verkennen. Im Parlament warf SPÖ-Parteichef Alfred Gusenbauer der Regierung totales Versagen vor. «Dies Regierung zeigt uns jeden Tag, dass sie die Kompetenz, unser Land zu regieren, nicht hat.» Sie habe sich selbst gelähmt.

Grösstes Verbrechen der Geschichte

Aufzeichnungen von NS-Kriegsverbrecher Adolf Eichmann freigegeben

JERUSALEM: Der NS-Kriegsverbrecher Adolf Eichmann hat den Holocaust in Gefängnis-Tagebüchern vor seiner Hinrichtung 1962 als «das kapitalste Verbrechen in der Geschichte der Menschheit» bezeichnet. Das israelische National-Archiv gab seine Aufzeichnungen für die Öffentlichkeit frei.

Der Mann, der für den Massentransport von Juden in osteuropäische Vernichtungslager verantwortlich war, schrieb seine «Erinnerungen» während der Untersuchungshaft.

Keine historische Bedeutung

Israelische Historiker waren sich am Mittwoch nach einem ersten

Studium der Texte – knapp 1300 handgeschriebene Seiten – einig: Die Eichmann-Aufzeichnungen haben keine historische Bedeutung, geben aber einen Einblick in die Gedankenwelt und Persönlichkeit eines der führenden Planer des Holocausts. Nobelpreisträger und Holocaust-Überlebender Eli Wiesel meinte, «das Tagebuch muss man lesen, weil wir wissen sollten, wer dieser Mann war, und warum er das tat, was er gemacht hat».

Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland warnte vor einer unkommentierten Freigabe der Memoiren Eichmanns. Er hoffe, dass damit nicht ein ähnlicher Missbrauch getrieben werde, wie es mit Adolf Hitlers «Mein Kampf»

geschehen sei, sagte er der deutschen Zeitung «B.Z.».

Eichmann versucht sich in seinen Aufzeichnungen, die er mit peniblen Anweisungen für einen möglichen Verleger versah, von jeder Schuld freizusprechen. Zwar nennt er den Holocaust «das kapitalste Verbrechen in der Geschichte der Menschheit», spielt jedoch seinen eigenen Anteil daran auf ein Minimum herunter. Er sei nicht mehr gewesen, als «ein kleines Schraubchen in der riesigen Vernichtungsmaschine» der Nazis. Niemals sei er Antisemit gewesen. Schockierend auf Experten wirkt oft die Banalität der Sprache, mit der Eichmann über sich und seine Rolle in der Nazi-Zeit schreibt. So meint er zu seinem

frühen Eintritt in die NSDAP 1931: «Ja, Freunde, heute zurückschauend, es sind bald 30 Jahre her, muss ich sagen, wenn es dem Esel zu gut geht, dann geht er aufs Eis um zu tanzen.» Und über seine angebliche politische Wandlung nach Kriegsende schreibt er: «Ehemals weltanschauliche Werte habe ich als Gerümpel allmählich im Laufe der Jahre über Bord geworfen.»

Eine Kopie des Eichmann-Manuskripts soll unter anderem dem britische Gerichtshof erhalten, vor dem der umstrittene britische Historiker David Irving gegen die US-amerikanische Historikerin Deborah Lipstadt klagt. Sie hat in einem Buch behauptet, Irving habe den Holocaust gezeugnet.